

INHALT

- **Arzneimittelversand: Kompromissvorschlag der SPD sorgt für Wirbel**
- **Gut jede vierte Klinik schlampft bei der Hygiene**
- **Beamten-Beihilfe auf dem Prüfstand**
- **Von den Dänen lernen: Mehr Qualität mit weniger Kliniken**
- **Organspendequote in Ostdeutschland am höchsten**
- **Nach erfolgreicher Premiere: Weitere Gebärmuttertransplantationen geplant**
- **Fresenius: Sechs-Milliarden-Deal in Spanien**
- **WHO: Tabak kostet Weltwirtschaft fast eine Billion Euro im Jahr**
- **Blickpunkt Hintergrund: Immer mehr Sprachtherapie**

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
19. Januar 2017

■ Erwartungen ans Wahljahr: Umfassende Strukturreformen

Die gesetzlichen Krankenkassen erwarten von einer neuen Regierung Strukturreformen bei Ärzten und Krankenhäusern sowie mehr Mitsprache bei der Vertragsgestaltung. Insbesondere in Ballungsräumen müssten endlich Überkapazitäten abgebaut werden, fordert die Vorstandsvorsitzende des **GKV-Spitzenverbandes**, Doris Pfeiffer. Die AOK will künftig mehr Einfluss bei der **stationären Versorgung**. „Ich möchte nicht mehr Rechnungen bezahlen müssen für Eingriffe in Einrichtungen, die keine Qualität liefern“, sagt der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch. Jede Klinik mit einem Versorgungsvertrag dürfe abrechnen, ohne dass die Qualität hinterfragt werde. Die 2016 in Kraft getretene **Krankenhausreform** greife noch nicht, bemängelt Pfeiffer. Kritik gibt es auch im **ambulanten Bereich**. Das **GKV-Versorgungsstärkungsgesetz** sollte unter anderem die **Übersversorgung** durch niedergelassene Ärzte in Ballungsräumen abbauen und Unterversorgung in ländlichen Regionen durch finanzielle Anreize beheben. Dem Präsidenten der **Bundesärztekammer** (BÄK), Frank Ulrich Montgomery, reicht das noch nicht. „Es geht nicht nur um Geld. Es geht um ein Gesamtkonzept.“ Sollten auf dem Land günstige Praxisräume über die Kommune angeboten und zusätzlich noch eine Gemeindeschwester beschäftigt werden, stiegen die Chancen deutlich, dass sich Ärzte ansiedelten. Ärztemangel gebe es im Übrigen nicht nur auf dem Land, so Montgomery, sondern auch in sozial benachteiligten Stadtvierteln. Kommunen und Länder seien hier gefragt.

Infos: www.aok-bv.de

■ Pflegeberufe für Flüchtlinge öffnen

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe will den massiven Mangel an Pflegekräften in Deutschland mit dem Einsatz von Flüchtlingen bekämpfen. „Hier ergeben sich Chancen für anerkannte Flüchtlinge. Wichtig ist, dass sie die Sprache ausreichend beherrschen und keine Abstriche bei der Qualifikation gemacht werden“, sagte der CDU-Politiker in einem Zeitungsinterview. Schon jetzt betrage der Anteil von Migranten in den Pflegeberufen rund 20 Prozent. Gröhe verwies darauf, dass Flüchtlingen auch der **Bundesfreiwilligendienst** offensteht. Hier würden sich bereits jetzt anerkannte Asylbewerber einbringen. Zudem gebe es berufsspezifische Sprachkurse. An verschiedenen Krankenhäusern wie der Charité in Berlin oder der Universitätsklinik in Essen werden dem Bericht zufolge inzwischen bereits berufsvorbereitende Kurse für Flüchtlinge angeboten.

Infos: www.rp-online.de

ZUR PERSON I



■ **Günter Wältermann** bleibt Vorsitzender des Vorstandes der AOK Rheinland/Hamburg. Der Verwaltungsrat bestätigte ihn für weitere sechs Jahre im Amt, ebenso wie Rolf Buchwitz als stellvertretenden Vorsitzenden und Matthias Mohrmann als drittes Mitglied des Vorstandes.



■ **Friedemann Schmidt** hat weiterhin das Vertrauen der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA). Die Mitgliederversammlung bestätigte ihn für vier Jahre im Amt des Präsidenten. Der Leipziger Apotheker gehört bereits seit 2004 dem ABDA-Vorstand an und steht seit 2013 an dessen Spitze.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Arzneimittelversand: Kompromissvorschlag der SPD sorgt für Wirbel

In die Diskussion um ein Verbot des Versandhandels rezeptpflichtiger Medikamente kommt Bewegung. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Karl Lauterbach, stellte die Zustimmung der Sozialdemokraten in Aussicht, wenn im Gegenzug die **Zuzahlung** für chronisch Kranke abgeschafft wird. Michael Hennrich, Arzneimittelexperte der CDU, sprach von einem vergifteten Angebot. Wenn nach der **Praxisgebühr** auch die **Zuzahlung für chronisch Kranke** zu Arzneimitteln falle, sei Zuzahlung als Finanzierungsinstrument insgesamt überflüssig. Ablehnung kommt auch aus Bayern. Landesgesundheitsministerin Melanie Huml nannte den Plan ein unseriöses Tauschgeschäft ohne vernünftige Gegenfinanzierung. GKV-Spitzenverband und AOK-Bundesverband bekräftigten ihre Skepsis. Das Versandhandelsverbot führe zu einer schlechteren Versorgung, befürchtet der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes Martin Litsch. Von den Apothekern wünscht er sich eine offenere Haltung zum Wandel. „Der Versandhandel ist Realität. Ein Verbot passt einfach nicht in unsere Zeit.“ Hintergrund: Der **Europäische Gerichtshof** hatte die Preisbindung für rezeptpflichtige Medikamente im grenzüberschreitenden Versandhandel aufgehoben. Das erlaubt Versandapotheken Bonuszahlungen an deutsche Patienten, um deren Zuzahlung zu verringern.

Infos: www.aok-bv.de

■ Gut jede vierte Klinik schlampt bei der Hygiene

Mehr als 25 Prozent der Krankenhäuser in Deutschland hat 2014 einer Auswertung zufolge Hygieneempfehlungen nicht erfüllt. Nach dem Bericht von „Correctiv“ und dem ARD-Magazin „Plusminus“ verfügten jene Kliniken nicht über die vorgeschriebene Zahl an Hygienepersonal. Schlusslicht war demnach Bremen, wo 43 Prozent aller Häuser die Vorgaben nicht erfüllen. Auf dem vorletzten Platz liegt Thüringen mit 42 Prozent, danach folgt Berlin mit 37 Prozent. Am besten hat laut dem Bericht Hamburg abgeschnitten, wo nur zehn Prozent der Kliniken die Hygienevorgaben verfehlten. Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) verwies auf ein laufendes Programm für mehr Qualifizierung des Klinikpersonals in diesem Bereich. Umfang: 460 Millionen Euro. Das Programm wurde auf Wunsch der Länder bis 2019 verlängert. Die Landeskrankenhausesgesellschaft Thüringen kritisierte, die im Bericht verwendeten Daten seien überholt. Die personelle Ausstattung sei heute bereits deutlich besser. Die Hygiene in Krankenhäusern ist seit langem ein wunder Punkt. In Deutschland infizieren sich nach Angaben des BMG jährlich etwa eine halbe Million Menschen während einer Krankenhausbehandlung mit Erregern. 10.000 bis 15.000 sterben den Angaben zufolge daran. Etwa ein Drittel der Infektionen sei durch geeignete Maßnahmen vermeidbar.

Infos: www.correctiv.org

ZUR PERSON II



■ **Prof. Eva Quante-Brandt**, Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien Hansestadt Bremen, übernimmt im Jahr 2017 turnusmäßig den Vorsitz in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK). Stellvertretende Vorsitzende ist Prof. Dr. Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung. Beide Vorsitzende wurden von der GWK im Oktober 2015 für zwei Jahre gewählt und wechseln sich jetzt nach einem Jahr im GWK-Vorsitz ab.



■ **Dr. Holger Gothe** leitet seit dem 1. Januar 2017 den Bereich Versorgungsforschung am IGES Institut. Sein Vorgänger, Hans-Holger Bleß, wird sich künftig als Leiter des neu geschaffenen Bereichs „HTA & Value Strategy“ auf die Beratung im Umfeld der Nutzenbewertung neuer Therapien konzentrieren. Gothe leitete die IGES-Versorgungsforschung bereits in den Jahren 2000 bis 2009. Nach einer Tätigkeit im Ausland kehrt er nun ans IGES Institut zurück.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Krankenversicherung: Beamten-Beihilfe auf dem Prüfstand

Unterlägen auch Beamte der gesetzlichen **Krankenversicherungspflicht**, sparten Bund und Länder bis 2030 rund 60 Milliarden Euro. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des IGES Instituts im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. Die jährlichen Ausgaben für **Beihilfe** zur Krankenversorgung von Beamten und Pensionären verdoppelten sich bis 2030 auf etwa 20,2 Milliarden Euro, rechnet die Stiftung vor. 2014 waren es knapp 12 Milliarden Euro. Das Werk blende wesentliche Kostenfaktoren aus, um „zu einem von vornherein gewünschten Ergebnis zu gelangen“, erwiderte der Direktor des **Verbandes der Privaten Krankenversicherung** (PKV-Verband), Volker Leinbach. Die bisher von allen Steuerzahlern finanzierte Beihilfe würde auf die schmalere Basis der GKV-Beitragszahler verlagert. Ein Sprecher des AOK-Bundesverbandes erklärte: „Wir befürworten alles, was zu mehr Beitragsgerechtigkeit führt und die GKV stärkt“. Dazu gehöre auch ein echtes Wahlrecht für Beamte. Durch eine allgemeine Versicherungspflicht müssten zwei Drittel der 3,1 Millionen privatversicherten Beamten und Pensionäre in eine gesetzliche Kasse wechseln, weil sie unter der **Versicherungspflichtgrenze** liegen. Weitere 20 Prozent würden von einem Wechsel finanziell profitieren. Beamten- und verfassungsrechtliche Fragen berücksichtigt die Untersuchung nicht.

KOMMENTAR

Das erste gesundheitspolitische Wahlkampfthema ist gesetzt. Nur vordergründig geht es jedoch um die Gesundheitsversorgung der Staatsdiener. Schnell wird klar: Die Studie gibt der Debatte um eine Bürgerversicherung neuen Stoff. Einsparungen von 60 Milliarden Euro klingen verlockend für viele Länder, die noch nicht wirklich wissen, wie sie ab 2020 die Schuldenbremse einhalten wollen. Da wird der eine oder andere schuldengeplagte Finanzminister sicherheitshalber mal den Rechenschieber auspacken. Was aber bleibt vom Geschäftsmodell der privaten Vollversicherung, wenn das Gros der Kundschaft ausfällt, nämlich Beamte, von denen schon längst nicht mehr jeder sich über das „Privileg“ freut, privat versichert sein zu müssen? (rbr)

Infos: www.bertelsmann-stiftung.de

■ Von den Dänen lernen: Mehr Qualität mit weniger Kliniken

330 der aktuell knapp 2.000 Krankenhäuser in Deutschland reichen zur flächendeckenden Versorgung aus. So formuliert es die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina in einem **Thesenpapier**. Der Gesundheitsökonom und Humanmediziner Prof. Dr. Reinhard Busse verteidigt die Aussage im Interview mit dem AOK-Forum „Gesellschaft und Gesundheit“ (G+G): „Ob wir uns bei der Krankenhausdichte nun mit Dänemark oder Österreich vergleichen, wir gelangen immer zu einer Zahl von 300 bis 400 Krankenhäusern.“ Insgesamt sei der deutsche **Krankenhaussektor** zu groß. Zu wenig Personal verteile sich auf zu viele Häuser. „Es gibt gar nicht so viele Fachärzte, um in jedem Krankenhaus jede Nacht für die wichtigsten Fachgebiete Experten vorzuhalten“, sagt Busse. Auf rund 600 Herzinfarktpatienten täglich kämen knapp 1.400 Akutkliniken, jede versorgt also etwa drei pro Woche. „Es leuchtet ein, dass das qualitativ ungenügend ist“, findet Busse.

Infos: www.aok-bv.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Organspendequote in Ostdeutschland am höchsten

In den jungen Bundesländern ist die Zahl der Organspenden gemessen an der Bevölkerung höher als in Westdeutschland. Das geht aus einer aktuellen Studie der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) hervor. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen spenden demnach mit 14,2 Menschen pro einer Million Einwohnern nach dem Tod ein Organ. Auf den gleichen kommt auch die DSO-Region Nord-Ost mit Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 10,4 Spendern pro einer Million Einwohnern. Bundesweit ist die Zahl der postmortalen Organspenden im vergangenen Jahr jedoch wieder leicht gesunken. Insgesamt 857 Menschen haben 2016 nach ihrem Tod Organe für schwer kranke Patienten gespendet. 2014 waren es 864, im Jahr 2015 noch 877 Spender. Laut einer Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) stehen 80 Prozent der Deutschen einer Organspende zwar positiv gegenüber. „Wir wünschen uns jedoch, dass noch mehr Menschen ihre Entscheidung in einem Organspendeausweis und möglichst auch in ihrer Patientenverfügung festhalten und dokumentieren“, sagte DSO-Vorstand Axel Rahmel. Spanien hingegen hat bei Organspendern erneut einen Weltrekord aufgestellt. Die Iberer kommen auf eine Quote von 43,4 Spendern pro einer Million.

Infos: www.dso.de

■ Nach gelungener Premiere: Weitere Gebärmuttertransplantationen geplant

Nach der deutschlandweit ersten erfolgreichen Transplantation einer Gebärmutter hat das Uniklinikum Tübingen weitere Anfragen erhalten. Es hätten sich 60 bis 80 ernsthaft Interessierte gemeldet, sagte Prof. Sara Brucker vom zuständigen Ärzteteam. Konkrete Termine gebe es noch nicht. Viele Interessierte hätten auch noch keine Spenderin. „Da die Transplantation nur mit Lebendspenden möglich ist, muss alles passen“, so Brucker. Die potenziellen Spenderinnen und Empfängerinnen müssten zudem sehr viele medizinische Untersuchungen durchlaufen. Nach Angaben Bruckers können rund 15.000 Frauen in Deutschland keine Kinder bekommen, weil sie ihre Gebärmutter entweder früh verloren haben oder gar keine hatten. Die erste erfolgreiche Gebärmuttertransplantation war im Oktober gelungen. Die 23-jährige Patientin war ohne Scheide und Gebärmutter zur Welt gekommen. Die Gebärmutter stammte von ihrer Mutter, die zeitgleich operiert wurde. Im Herbst oder Winter 2017 soll der Frau eine bereits entnommene, mit Sperma ihres Mannes befruchtete und tiefgefrorene Eizelle eingesetzt werden.

Infos: www.medizin.uni-tuebingen.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Fusion im Pharmagroßhandel

Die Essener Apothekergenossenschaft **Noweda** darf den Pharmagroßhändler Ebert+Jacobi aus Würzburg übernehmen. Das Bundeskartellamt hat den Zusammenschluss genehmigt. Durch die Fusion rückt der Verbund im Pharmagroßhandel bundesweit hinter Phoenix an die zweite Position, gefolgt von den Unternehmen Gehe, Sanacorp und Alliance Healthcare. Den Apotheken stünden immer noch mehrere Pharmagroßhändler als Alternative zur Verfügung, begründete Kartellamtspräsident Andreas Mundt die Erlaubnis der Wettbewerbsbehörde. Die bisherige Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen der Branche fährt Noweda künftig zurück.

Infos: www.bundeskartellamt.de

■ Tödliche Verwechslung: Arzt muss Geldstrafe zahlen

Nach dem Tod einer Patientin in einem Krankenhaus in Duderstadt hat ein früherer Oberarzt der Klinik einen Strafbefehl wegen fahrlässiger Tötung erhalten. Der Anästhesist muss nach Angaben der Staatsanwaltschaft Göttingen insgesamt 11.700 Euro zahlen. 2015 war es in der Klinik zu einer folgenschweren Verwechslung gekommen. Eine 81-jährige Patientin hatte versehentlich die Eigenblutreserve einer anderen Patientin erhalten, deren Blutgruppe nicht mit ihrer kompatibel war. Die Klinik hatte dem Oberarzt nach dem Tod der Patientin gekündigt. Das in diesem Zusammenhang ursprünglich auch gegen eine Kollegin des Mediziners geführte Ermittlungsverfahren war eingestellt worden.

■ Fresenius: Sechs-Milliarden-Deal in Spanien

Der Bad Homburger Medizinkonzern Fresenius darf den spanischen Krankenhausbetreiber Quirónsalud übernehmen. Die spanische Kartellbehörde habe das Geschäft ohne Auflagen genehmigt, teilte Fresenius jetzt mit. Die Übernahme soll Ende Januar 2017 abgeschlossen sein. Fresenius hatte den Kauf im September angekündigt. Die Übernahme für 5,76 Milliarden Euro ist bislang die größte in der Firmengeschichte. Der Dax-Konzern erhofft sich in Spanien große Wachstumschancen. Quirónsalud betreibt 43 Kliniken und beschäftigt 35.000 Mitarbeiter. Mittelfristiges Ziel sind jährliche Synergieeffekte in Höhe von 50 Millionen Euro.

Infos: www.fresenius.de

Vorschau

G+G | 1/2017

Gesundheit und Gesellschaft

Armes, krankes Griechenland

Patienten, die ihre Krankenversicherung nicht mehr zahlen können; Kliniken, die Spenden brauchen – die Finanzkrise beutelt das griechische Gesundheitswesen, weiß Jana Kötter

Gemeinschaft im Vergessen

Am Leben teilhaben: Wie demenzkranke Menschen in einer Bremer Wohngemeinschaft den Alltag meistern, zeigt die G+G-Reportage von Jörn Hons

„Politik hinkt Realität hinterher“

Die Pflegeausbildung zu vereinheitlichen, ist politisch umstritten. Die Berliner Wannsee-Schule bildet schon seit Längerem generalistisch aus. Die Vorteile erläutert Diplom-Pflegepädagogin Christine Vogler

G+G | 1/2017

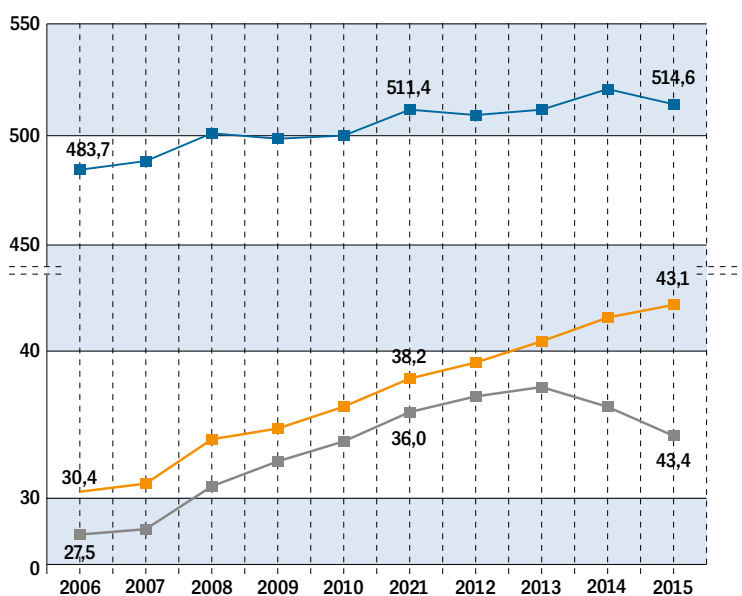
Wissenschaft

Die Versorgungsforschung bildet den thematischen Schwerpunkt der neuen Ausgabe. Dabei geht es in erster Linie um die langfristigen Perspektiven einer wissenschaftlichen Disziplin im Aufschwung.

Entwicklung der Heilmittelverordnungen 2006 bis 2015

Leistungen je 1.000 Versicherte

— Steigerungsrate 6,4 %
— Steigerungsrate 41,8 %
— Steigerungsrate 24,7 %



Quelle: Heilmittelbericht des WIdO 2016, Stand: August 2010

Ergotherapie verzeichnet unter den Heilmittelverordnungen die höchste Steigerungsgeschwindigkeit der vergangenen zehn Jahre. Die Inanspruchnahme von Heilmittelbehandlungen insgesamt hat in dieser Periode kontinuierlich zugenommen. Physiotherapeutische Leistungen werden zwar am häufigsten verordnet, ihre Steigerungsgeschwindigkeit ist aber seit 2006 eher moderat ausgefallen. Weitere Einzelheiten zum Heilmittelbericht des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) ab Seite 7.

Infos: www.aok-bv.de

WHO: Tabak kostet Weltwirtschaft fast eine Billion Euro im Jahr

Raucher und Tabakkauer verursachen laut **Weltgesundheitsorganisation** WHO jährlich einen wirtschaftlichen Schaden von 950 Milliarden Euro. Die Summe verteilt sich auf die Behandlung raucherspezifischer Krankheiten und auf entgangene Produktivität durch Arbeitsausfälle. Die WHO hat die Studie zusammen mit dem Nationalen Krebsinstitut der USA veröffentlicht. Programme zur Eindämmung des Rauchens lohnten sich finanziell, heißt es darin. Dazu gehören Preis- und Steuererhöhungen, Werbeverbote, Warnungen vor den Folgen des Rauchens und Entwöhnungsangebote. Auch Länder mit Tabakindustrien müssten bei einem Rückgang des Rauchens keine wirtschaftlichen Einbußen fürchten. Es bleibe genug Zeit, für Tabakbauern einen Lebensunterhalt mit anderen Produkten zu organisieren.

Infos: www.who.int

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

«BLICKPUNKT HINTERGRUND»

■ Heilmittelbericht des WIdO: Immer mehr Kinder brauchen Sprachtherapie

Knapp jeder vierte sechsjährige Junge und jedes sechste Mädchen in dem Alter erhalten rund um den Einschulungstermin eine Sprachtherapie. Das zeigt der Heilmittelbericht 2016 des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO). Dies könne ein Hinweis darauf sein, „dass viele Kinder heute unter schwierigen sozialen und gesundheitlichen Bedingungen aufwachsen und offensichtlich Expertenhilfe benötigen, um die anstehenden schulischen Herausforderungen meistern zu können“, sagt Helmut Schröder, stellvertretender Geschäftsführer des WIdO.

Für viele Schulanfänger heißt es nicht nur, lesen, rechnen und schreiben zu lernen, sondern auch das richtige Sprechen: 23,7 Prozent der sechsjährigen Jungen erhalten rund um den Schulbeginn eine Sprachtherapie. Bei den gleichaltrigen Mädchen sind es immerhin noch 16,2 Prozent.

» Zahl der verordneten Sprachtherapien sinkt in der Regel erst nach den ersten beiden Grundschuljahren

Vor allem Jungen werden therapeutisch bei ihrer altersgerechten Sprech- und Sprachentwicklung unterstützt. Bei den sechsjährigen Jungen ist es damit jeder Vierte. „Das kann als Hinweis verstanden werden, dass viele Kinder heute unter schwierigen sozialen und gesundheitlichen Bedingungen aufwachsen und offensichtlich Expertenhilfe benötigen, um die anstehenden schulischen Herausforderungen meistern zu können“, sagte Helmut Schröder, stellvertretender Geschäftsführer des WIdO.

Bei Kindern mit Entwicklungsstörungen der Sprache oder des Sprechens werden Sprachtherapien überwiegend ab einem Alter von vier Jahren verordnet. Laut Heilmittelbericht erhalten in Deutschland bereits 9,2 Prozent der vierjährigen Jungen eine Sprachtherapie. Das ist fast jeder Zehnte. Bei den Mädchen liegt der Anteil mit 5,6 Prozent gerade einmal etwas mehr als halb so hoch. Im Alter von fünf bis sieben Jahren ist die Inanspruchnahme dieser Therapien am höchsten.

Der Schwerpunkt liegt jedoch eindeutig bei den sechsjährigen Kindern, sowohl bei den Jungen als auch bei den Mädchen. Der Blick auf die vergangenen Jahre zeigt, dass sich die Verordnungswerte bei den Sechsjährigen schon seit längerem auf einem sehr hohen Niveau eingependelt haben. Nach der Zeit des Schuleintritts wird der Anteil der Kinder, die eine Sprachtherapie erhalten, geringer.

» Ursachenforschung gestaltet sich schwierig – Präventive Maßnahmen nicht unterschätzen.

Die Verordnungsdaten zeigen deutliche regionale Unterschiede. Werden sechsjährige Mädchen und Jungen gemeinsam betrachtet, wurde 2015 bundesweit jedes fünfte Kind sprachtherapeutisch versorgt. Während der Bundesdurchschnitt somit bei 20 Prozent liegt, wird in Brandenburg sogar ein Anteil

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

von 23,7 Prozent erreicht, in Bremen sind es dagegen nur 12,6 Prozent. Über die möglichen Ursachen der starken Verbreitung von sprachtherapeutischen Behandlungen rund um den Schuleintritt wird in der Fachwelt seit Jahren diskutiert. Eine Erklärung ist, dass sich die in diesem Alter angemessenen Fähigkeiten bei den Kindern verschlechtern haben.

Gleichzeitig wird aber auch ein Wandel der Anforderungen von Schule und Elternhaus an die Kinder beobachtet, so wie auch ärztliches Diagnoseverhalten und Therapiemöglichkeiten kontinuierlichen Veränderungsprozessen unterliegen.

„Auch wenn Sprachtherapien helfen können, Defizite der kindlichen Umwelt zu bewältigen, sollten **verhaltens- und verhältnispräventive Maßnahmen** in Kindergärten und Schulen sowie im Elternhaus in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden. Damit kann Entwicklungsstörungen schon in frühen Jahren vorgebeugt werden“, so Schröder.

» Versicherte erhalten deutlich mehr Heilmittelbehandlungen als vor zehn Jahren

Neben der Sprachtherapie gehören zur Heilmittelversorgung drei weitere Leistungsbereiche: Physiotherapie, Ergotherapie und Podologie. Rein rechnerisch hat 2015 jeder der knapp 71 Millionen GKV-Versicherten rund 4,27 Behandlungen aus dem Heilmittelbereich erhalten.

In den neuen Bundesländern sowie Berlin und Hamburg lag die tatsächliche Anzahl der Behandlungen durchweg über diesem Durchschnittswert; in Bremen, Hessen sowie Nordrhein-Westfalen deutlich darunter.

In den vergangenen Jahren hat die Inanspruchnahme von Heilmittelbehandlungen kontinuierlich zugenommen (siehe auch die Grafik auf Seite 6). Physiotherapeutische Leistungen werden zwar am häufigsten verordnet, aber ihre Steigerungsrate ist seit 2006 eher moderat ausgefallen (6,4 Prozent zwischen 2006 und 2015).

Die Verordnung von Sprachtherapien nahm in diesem Zehnjahreszeitraum hingegen um 25 Prozent zu. Die höchste Steigerungsrate gab es bei der Ergotherapie: Um 42 Prozent ist die Inanspruchnahme binnen zehn Jahren gestiegen.

» Heilmittelausgaben überdurchschnittlich gestiegen

Insgesamt haben alle gesetzlichen Krankenkassen 2015 etwas mehr als sechs Milliarden Euro für Heilmittelleistungen ausgegeben. Damit stiegen die Ausgaben in den letzten zehn Jahren um 60,5 Prozent. Die allgemeinen Leistungsausgaben sind im gleichen Zeitraum nur um knapp 47 Prozent gewachsen. Für den Heilmittelbericht 2016 hat das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) die über 37 Millionen Heilmittelrezepte analysiert, die im Jahr 2015 für die rund 71 Millionen GKV-Versicherten ausgestellt wurden.

Infos: www.wido.de